

Anfrage

der Abgeordneten Süleyman Zorba, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Ist der Digital Austria Act 2.0 mehr als nur eine Überschriften-Sammlung?

BEGRÜNDUNG

Anlässlich eines gemeinsamen Pressefeyers mit Innenminister Gerhard Karner, Bundesminister für Innovation Peter Hanke und Staatssekretär Josef Schellhorn zum Ministerrat am 25.6.2025 kündigte Staatssekretär Alexander Pröll an, dass es jetzt den "Digital Austria Act 2.0" gebe. Konkret führte Staatssekretär Pröll dazu aus: *"Das neue Digitalprogramm der Bundesregierung ist der zweite große Schritt in einer extrem starken Digitalisierungswoche der Bundesregierung. Gestern haben wir den Relaunch der ID Austria präsentiert und heute geht es um die Gesamtlinie der Regierung im Bereich der Digitalisierung. Die Digitalisierung ist eine der zentralen Gestaltungsaufgaben unserer Zeit."*¹

Im Rahmen der Pressekonferenz wurde der Digital Austria Act 2.0 wie folgt umrissen:

Die österreichische Regierung will auf digitale Souveränität und Künstliche Intelligenz (KI) zur Modernisierung der Verwaltung setzen. Staatssekretär Alexander Pröll betonte, dass Österreich auch unabhängiger von fremden Technologien werden soll („digitale Souveränität“), indem offene Standards und europäische Lösungen gefördert werden. Zudem solle die Verwaltung durch KI Prozesse optimiert und effizienter sowie bürgerfreundlicher gestaltet werden, wobei die Verantwortung stets beim Menschen bleiben solle. Ziel sei es, Österreichs Verwaltung durch strategisch koordinierte KI-Anwendungen zu einer der modernsten Europas zu machen

Der neue Digital Austria Act enthalte darüber hinaus eine Reihe konkreter Weiterentwicklungen: Der Digital Austria Act sehe vor, dass jedes Ressort ein KI- oder Digitalisierungs-Leuchtturmprojekt umsetzt.

Mit einem „Digi-Ready-Check“ sollen Gesetze auf ihre Digitalisierungstauglichkeit geprüft werden, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen und ressourcenschonender zu gestalten. Zusätzlich investiere man auch in eine digitale Kompetenzoffensive.

¹ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2025/06/staatssekretaer-proell-digitalisierung-ist-eine-der-zentralen-gestaltungsaufgaben-unserer-zeit.html>

Staatssekretär Pröll führte dazu aus: *"So stellen wir sicher, dass der neue Digital Austria Act nicht nur eine Strategie auf dem Papier bleibt. Das ist der konkrete, gelebte Fahrplan für die digitale Transformation unseres Landes. Mit dem Digital Austria Act machen wir Österreichs Verwaltung zukunftsfest. Wir stärken die digitale Souveränität, setzen neue Maßstäbe beim Einsatz von KI und schaffen eine leistungsfähige, bürgernahe und innovative Verwaltung."*

Seit dieser Ankündigung sind nun fast zwei Monate vergangen. Wer schon anlässlich der Pressekonferenz neugierig und erfreut nach dem Digital Austria Act 2.0 suchte, wurde leider nicht fündig.

Auch jetzt, fast zwei Monate später findet man zwar den Digital Austria Act 2023 aus der türkis-grünen Vorgängerregierung mit 117 konkreten Maßnahmen und 36 Digitalisierungsgrundsätzen², allein einen Digital Austria Act 2.0 kann man nicht finden. Auf der Website zum Digital Austria Act ist zwar das Dokument aus 2023 verlinkt. Zum Digital Austria Act 2.0 gibt es hingegen nur eine News-Website:

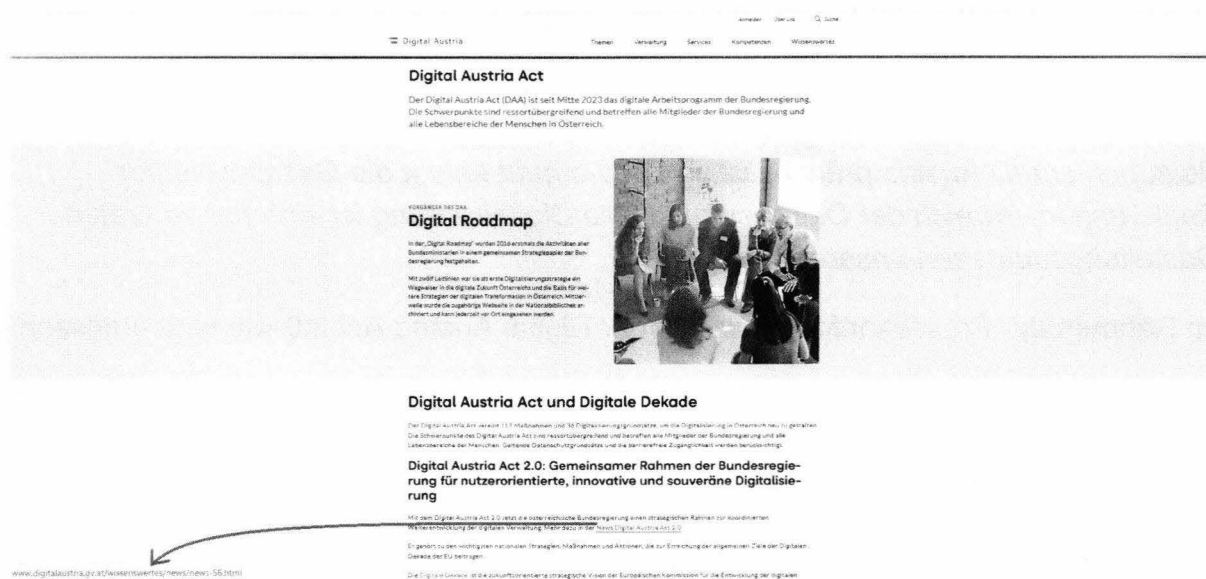


Abbildung 1: Screenshot der Website zum Digital Austria Act

Auf dieser verlinkten Seite finden sich allerdings keine konkreten Maßnahmen oder Grundsätze sondern nur ein paar Überschriften:

- Strategische Richtschnur für digitale Souveränität und Resilienz
- Europa als Leitbild: Digitalisierung für Menschen und Demokratie
- KI in der Verwaltung: Europäisch, offen und nachvollziehbar
- Digi-Ready-Check: Neue Gesetze auf Digitalisierungstauglichkeit prüfen
- Fortschritt mit Verantwortung: KI, Transparenz und Kompetenz im Fokus
- Governance und Umsetzung: Generalsekretärs- und Präsidialkonferenz sowie CDO-Taskforce als Steuerungsorgan

² Digital Austria Act (2023): https://www.digitalaustria.gv.at/dam/jcr:87248136-ae19-4e7f-ab6b-0b786509ee7e/MRV%20Beilage_Digital%20Austria%20Act%20DAA-61_10_bei%20BF.pdf

Digital Austria Act 2.0: Gemeinsamer Rahmen der Bundesregierung für nutzerorientierte, innovative und souveräne Digitalisierung

Mit dem Digital Austria Act 2.0 setzt die österreichische Bundesregierung einen strategischen Rahmen zur koordinierten Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung.

Die ist als bestehende Instrumente zu modernisieren, neue Technologien verantwortungsvoll einzusetzen und die digitale Souveränität Österreichs nachhaltig zu stärken.

Strategische Richtschnur für digitale Souveränität und Resilienz

Der Digital Austria Act 2.0 legt den Grundstein für eine bundesweit abgestimmte, interoperable und nachhaltige Digitalisierungsstrategie. Kritische digitale Dienste sollen künftig verstärkt auf europäischen Technologien und offenen Standards basieren. Damit verfolgt die Bundesregierung eine klare Linie: Abhängigkeiten reduzieren, Sicherheit erhöhen und digitale Eigenständigkeit stärken.

Europa als Leitbild: Digitalisierung für Menschen und Demokratie

Österreichs Digitalisierungspolitik orientiert sich am Rahmen der Europäischen Digitalen Dekade und verfolgt ein klares Leitbild: Digitalisierung ist den Menschen zu dienen, Innovation ermöglichen und auf digitaler Souveränität basieren. Diese ist die Voraussetzung für einen unabhängigen, sicheren und nachhaltigen Platz. Daher engagieren wir uns auch auf europäischer Ebene für eine gemeinsame Richtungsangabe zur Stärkung digitaler Unabhängigkeit, betont Digitalisierungsgastatskessr Alexander Pröll.

„Wir haben uns die Bundesregierung vorgenommen, Österreich als Forschungs- und Innovationsstandort für Künstliche Intelligenz zu positionieren. Mit der erfolgreichen Ansetzung der AI Policy Austria ist uns hier bereits ein wichtiger Meilenstein gelungen. Der neue, hochmoderne Supercomputer wird nicht nur Forschenden und Unternehmen zur Verfügung stehen, sondern auch der öffentlichen Verwaltung. So entsteht ein KI-Hub, der einen nahtlosen Zugang zu Schnittstruktur und Schulungsmöglichkeiten bietet. Getragen mit einer klaren digitalen Strategie, schaffen wir ein tragfähiges, offenes und souveränes KI-Ökosystem für den Bundesbereich, das auf Vertrauen, Verantwortung und Zusammenarbeit aufbaut“, ergänzt Innovations- und Infrastrukturminister Peter Heinke.

KI in der Verwaltung: Europäisch, offen und nachvollziehbar

Ein Schwerpunkt liegt auf dem verantwortungsvollen Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung. Der Aufbau einer eigenen Vertrauensplattform (KI-Plattform) für die Nutzung von Sprachmodellen sowie die Umsetzung transparenter offener KI-Anwendungen sind zentrale Vorhaben. Der Fokus liegt auf europäischen Open-Source-Komponenten, flexiblen Architekturen und der Verankerung in europäischen Rechtsrahmen.

Zusammen mit KI, auf die demographische Entwicklung zu reagieren. Ein Drittel der Bundesbediensteten ist über 50, bis 2030 steht eine Personalengpass vor. Der Digital Austria Act 2.0 zielt darauf ab, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu stärken, organisatorisch und strukturell Raum für Innovation – bei gleichzeitig gestärktem Datenschutz und nachhaltiger Personalplanung.

„Der Digital Austria Act 2.0 sorgt dafür, dass unsere Verwaltung moderner, sicherer und fit für die Zukunft wird. Wir setzen auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, digitalisierte Prozesse und klare Zuständigkeiten. Unser Ziel ist eine Digitalisierung, die den Menschen hilft, verständlich ist und Vertrauen schafft – nach europäischen Standards und mit einem klaren Fokus auf das Gemeinwohl“, so Digitalisierungsgastatskessr Alexander Pröll.

Digi-Ready-Check: Neue Gesetze auf Digitalisierungstauglichkeit prüfen

Mit dem „Digi-Ready-Check“ wird im Zuge der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) analysiert, ob neue gesetzliche Regelungen für eine vollständige digitale Umsetzung geeignet sind. Dabei erfolgt auch die Interoperabilitätsprüfung nach Maßgabe des EU-Interoperabilitäts-Rahmen-Akt – ein wesentlicher Beitrag zur Nachbarnormen und Bürgerfreundlichen Digitalisierung von Verwaltungsdiensten.

„Die Bundesregierung sieht Digitalisierung als große Chance für Entbürokratisierung und Deregulierung, damit künftig wesentlich weniger Zeit für nicht zureichend notwendige Zeiterwartungen ausreicht. Mit dem „Digi-Ready-Check“ werden Gesetze und Verordnungen auf ihre Digitalisierungsfähigkeit geprüft. Unser Ziel sind vereinfachte Gemeinden und Behörden, die durch den Einsatz digitaler Lösungen nicht nur schneller und kostengünstiger arbeiten, sondern auch ihre Ressourcen besser darauf konzentrieren können, individuelle Unterstützung für ihre Bürger zu leisten und sie am meisten zu helfen“, so Staatssekretärin Sapp Schellhorn dazu.

Fortschritt mit Verantwortung: KI, Transparenz und Kompetenz im Fokus

Der Digital Austria Act 2.0 setzt gezielt auf zukunftsweisende Maßnahmen im Bereich Künstliche Intelligenz. Jedes Ressort ist aufgefordert, ein Leuchtturmprojekt einzubringen. Parallel von einem gemeinsamen KI-Rahmen mit klarer Governance und Verantwortlichkeiten für KI-Systeme in der Verwaltung. Eine neue KI-Lexikone der Verwaltung schafft Transparenz über laufende und geplante Projekte. Geplant wird die Entwicklung eines vertrauensfähigen, nachhaltigen und digital souveränen Bundesgeschäftsmodells (BGM) als offener Shared Service – in enger Abstimmung mit Wissenschaft und Wirtschaft und unter regelmäßiger Abklärung von Potenzialen, Risiken und Kosten.

Verpflichtete ethische Leitlinien, der AI Act und der Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger bilden den Rahmen für Innovationen. Digitale Verfahren sollen nachvollziehbar, Verantwortungsprozesse durchgängig digitalisiert werden. Gezielte Kompetenzförderung im Rahmen der Digitalen Kompetenzoffensive – von Basischulungen bis zu Expertisekursen – stellt sicher, dass die Verwaltung fit für die Zukunft ist.

Governance und Umsetzung: Generalsekretärs- und Präsidialkonferenz sowie CDO-Taskforce als Steuerungsorgan

Verschiedene Stakeholdergruppen aus der Verwaltungsgesellschaft sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden in den Prozess eingebunden. Die ressortübergreifende Umsetzung wird durch die CDO-Taskforce unter der CDO-Leitung koordiniert. Das zentrale Gremium der Präsidialkonferenz und – unter der Generalsekretärin und – sekretäre wird regelmäßig einberufen, informiert und kann gezielt Impulse setzen. Mit Bezug auf das Regierungsprogramm werden konkrete Maßnahmen in der jeweiligen Ressortumsetzung – abgestimmt und im Sinne des Digital Austria Act 2.0.

Diesen Inhalt teilen

Abbildung 2: Screenshot zur Digital Austria Act 2.0 "News"-Seite

Einen Link zum Volltext des so wortreich angekündigten Digital Austria Act 2.0 sucht man vergeblich. So bleibt der *„der konkrete, gelebte Fahrplan für die digitale Transformation unseres Landes“* bislang ohne Veröffentlichung und ohne Umsetzung.

Dabei wäre gerade das Thema der digitalen Souveränität von höchster Dringlichkeit, allein, es gibt offenbar weder einen „Fahrplan“ noch eine Strategie. Das zeigte auch die Beantwortung der Anfrage „Herstellung digitaler Souveränität in der Verwaltung“³, die an alle Ministerien gestellt und die von allen Ministerien nahezu wortident „beantwortet“ wurde. Zur Frage nach einer Strategie für die digitale Souveränität unserer Verwaltung führten die Ministerien unisono aus: *„Im Rahmen der ressort-übergreifenden CDO-Arbeitsgruppe „Open Source Software“ wurde daher entschieden, statt einer eigenständigen ressortübergreifenden Open Source Software Strategie einen Leitfaden für den Einsatz von Open Source Software bereitzustellen.“*⁴ Dieser Leitfaden⁵ wurde freilich während der türkis-grünen Regierungszeit und nicht in der aktuellen Regierung erarbeitet.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) In welcher Form wird der im Juni angekündigte Digital Austria Act 2.0 der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und wann?
- 2) Welche konkreten Maßnahmen sind zur Überschrift „Strategische Richtschnur für digitale Souveränität und Resilienz“ geplant (erläutern Sie Umsetzungsschritte/Milestones und Zeitpläne)?
 - a. Gibt es eine konkrete Strategie zur digitalen Souveränität und/oder Open Source?
 - i. Wenn ja, welche konkreten Umsetzungsschritte sind geplant?
 - ii. Wenn nein, warum nicht und welche Inhalte finden sich dann unter der Überschrift „Strategische Richtschnur für digitale Souveränität“?
- 3) Welche konkreten Maßnahmen sind zur Überschrift „Europa als Leitbild: Digitalisierung für Menschen und Demokratie“ geplant (erläutern Sie Umsetzungsschritte/Milestones und Zeitpläne)?
- 4) Welche konkreten Maßnahmen sind zur Überschrift „KI in der Verwaltung: Europäisch, offen und nachvollziehbar“ geplant (erläutern Sie Umsetzungsschritte/Milestones und Zeitpläne)?

³ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/J/1011/fname_1678457.pdf

⁴ Siehe etwa die Anfragebeantwortung des Bundesministers für Innovation:
https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/AB/943/imfname_1690737.pdf

⁵ <https://www.digitalaustria.gv.at/dam/jcr:d0741799-f9fe-40af-b482-8ffae7cf5cb7/DA%20OpenSource%20Software-barrierefrei-Standard.pdf>

- 5) Eine Überschrift lautet „Digi-Ready-Check: Neue Gesetze auf Digitalisierungstauglichkeit prüfen“. Ab wann soll das erfolgen?
- Wie genau ist hier der Ablauf strukturiert?
 - Welche Tools werden dafür verwendet?
 - Gibt es konkrete Zeitpläne und Umsetzungsschritte (Milestones)?
 - Auf welche Digitalisierungs-Anforderungen zielt der Digi-Ready-Check ab?
 - Ist in einem weiteren Schritt auch ein Check bestehender Gesetze geplant?
 - Wenn ja, in welcher Form, mit welchen Tools und in welchem Zeithorizont?
- 6) Welche konkreten Maßnahmen sind zur Überschrift „Fortschritt mit Verantwortung: KI, Transparenz und Kompetenz im Fokus“ geplant (erläutern Sie Umsetzungsschritte/Milestones und Zeitpläne)?
- 7) Welche konkreten Maßnahmen sind zur Überschrift „Governance und Umsetzung: Generalsekretärs- und Präsidialkonferenz sowie CDO-Taskforce als Steuerungsorgan“ geplant?
- Wie ist der konkrete Aufbau dieses Steuerungsorgans (bitte um grafische Darstellung)?
 - Welche konkreten Abläufe sind hier vorgesehen?
 - Welche konkreten Arbeitsergebnisse sollen hier erbracht werden?
 - Es ist wird ausgeführt: „Verschiedene Stakeholdergruppen aus den Verwaltungsebenen sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden in den Prozess eingebunden.“ Welche Positionen und Personen werden hier konkret eingebunden?
 - In welchen Abständen soll dieses Steuerungsorgan tagen?
 - Inwiefern sind politische Entscheidungen an die Empfehlungen dieses Steuerungsorgans gebunden?

Zorbaš
(ZORBA)

Groll
(GÖR)

Graham
(GRAHAM)

Pranek
(PRANER)

Reich
(REICH)

